

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Herausg. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52,
Riesa Nr. 52.

Nr. 278.

Montag, 28. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 3,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewünschter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

General Schleichers Bemühungen.

Inoffizielle Sonntagsbesprechungen. — Die Haltung der Parteien. Waffenstillstand für einige Monate wenig aussichtsreich.

Berlin, 28. November.

Am Sonntag fand eine Reihe von Besprechungen statt, die der Entwirrung der innerpolitischen Lage dienen sollen. Der Reichspräsident empfing keine Parteiführer. Es handelte sich im wesentlichen nur um die inoffizielle Fühlungnahme, die General von Schleicher nach der Konferenz beim Reichspräsidenten mit einer Reihe von Persönlichkeiten des parlamentarischen Lebens aufzunehmen beabsichtigte.

Im Zug dieser Fühlungnahme sprach der Reichswehrminister am Sonntagabend mit dem Vorsitzenden der DVP. Es scheint, daß er am Sonntagabend mit Prälat Raas zusammen war. Darüber läßt sich aber nichts Sicheres in Erfahrung bringen, da über sämtliche Besprechungen der Schleicher Vertraulichkeit gebietet ist. Das gilt auch für gewisse Fäden, die General von Schleicher zu den Sozialdemokraten zu spinnen versuchte. Innerlich ist diese Frage aber sicher schon erledigt: Die Sozialdemokraten denken nicht daran, irgendein Rechtskabinett oder eine bürgerliche Regierung zu tolerieren.

Die sachliche Basis der Besprechungen des Reichswehrministers dürfte etwa folgendermaßen aussehen: General von Schleicher sucht zunächst die Aufnahme zu ergründen, die ein völlig umgebildetes Kabinett von Papen finden würde. Der Burgfrieden mit dem Reichstag ist nur möglich, wenn entweder die Nationalsozialisten oder die Sozialdemokraten mitmachen. Die Nationalsozialisten kommen nicht mehr in Frage, weil sie nach wie vor ein Kabinett mit Adolf Hitler an der Spitze verlangen. Auch die Sozialdemokraten sind, wie schon gesagt, für ein solches Projekt nicht zu haben. Ebenso werden die Aussichten für die Gewinnung der Mitarbeit des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei äußerst gering eingeschätzt.

Besteht sich, was allgemein erwartet wird, daß eine solche Lösung auf der Basis des Kabinetts von Papen nicht möglich ist, so bleibt nach Auffassung politischer Kreise nur ein Kabinett von Schleicher als letzter Ausweg.

In einer solchen Regierung wäre die praktische Mitarbeit des Zentrums denkbar etwa in der Form, daß die Christlichen Gewerkschaften einen ihrer bekanntesten Führer für das Amt des Reichsarbeitsministers zur Verfügung stellen. So erklärt es sich, daß dem Reichswehrminister die Absicht zugesprochen wird, auch mit den Gewerkschaften Fühlung zu nehmen. Das dürfte Anfang der neuen Woche geschehen. Jedenfalls sind mehrere führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, und zwar der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, gebeten worden, sich für die nächsten Tage in Berlin zur Verfügung zu halten.

Die Aussichten eines parlamentarischen Burgfriedens für die nächsten Monate sind nach der schon jetzt erkennbaren scharfen Haltung von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten äußerst klein. Auch ein Kabinett unter Führung des Generals von Schleicher würde also mit dem Reichstag in Konflikt geraten, aber mit rund 200 Abgeordneten eine Basis haben, die sehr viel breiter und stärker ist als die der bisherigen Regierung bei den letzten Reichstagsauflösungen. Dementsprechend würden auch alle anderen Maßnahmen dieses Kabinetts von einer günstigeren Blattform aus getroffen werden. Eine solche Lösung scheint auch vom Zentrum her angestrebt zu werden. Jedenfalls gewinnt eine Sitzung des Parteivorstandes mit dem Vorstand der preussischen Landtagsfraktion am Sonntag besondere Bedeutung. Es wurde vereinbart, daß in Zukunft zwischen den beiden Parteieninstanzen engere Fühlung gehalten werden soll. Das heißt also, daß die Zentrumsführung auch die preussischen Verhältnisse stärker in den größeren Rahmen der innerpolitischen Entwicklung im Reich einbeziehen will.

Fortsetzung der Besprechungen des Generals von Schleicher.

Berlin. (Zuspruch.) In ununterbrochenen Kreisen rechnet man heute mittig damit, daß die Entscheidung über die innerpolitische Lage, d. h. also in erster Linie über die Persönlichkeit des kommenden Kanzlers, allergrößten Wertes zu erwarten ist. General von Schleicher legt seine inoffiziellen Besprechungen heute fort, und zwar wird er in erster Linie mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften Fühlung nehmen. Er verhandelt immer noch auf der Basis eines neuen Kabinetts von Papen. Auch jetzt kommen nur noch die beiden Möglichkeiten von Papen oder von Schleicher in Frage. Etwas Sicheres läßt sich aber erst nach dem Abschluß der Schleicherschen Besprechungen sagen.

Hitler über das Scheitern der Verhandlungen.

• Weimar. Zum ersten Male nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts sprach Adolf Hitler am Sonntagabend im Rahmen einer Rundgebung der Nationalsozialisten für die thüringischen Kommunalwahlen. Hitler besetzte sich nach einem Rückblick auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten mit den jüngsten Ereignissen in Berlin. Heute sei die Krise schlimmer als zuvor, nicht etwa, weil es immer weiter abwärts gehe, sondern weil nach einem letztinständigen Aufschwung der Hoffnung auf Besserung ein Rückschlag verzeichnet werden müsse. Das Spiel der derzeitigen Mächte zeige, daß ihnen die Größe der Gefahr und Katastrophe noch nicht zum Bewußtsein gekommen sei. Sie müßten aufstehen und nicht mehr, mögen dieses Ziel in Deutschland schließlich führen müsse. Mit der Notverordnung über den Burgfrieden wolle man, wie Hitler betonte, die politische Propaganda beilegen, die Nation in einen Schummer versenken. Die oberste Aufgabe aber bestehe jetzt: Nicht schlafen, sondern kämpfen! Auf der einen Seite habe man die politische Propaganda verboten, andererseits aber treibe die Not dem Volksweltismus neue Sunbertaufende zu. Wenn eine Rettung gelingen solle, dann nur, wenn sie von vornherein ehrlich gemeint sei. Man solle sich aber niemals an ihn, Hitler, wenden, wenn man nicht bereit sei, den Weg zu gehen, den er für richtig halte. Man habe ihm nur bescheidene Rechte zuzuerkennen, andererseits aber die seit 40 Jahren arbeitslose Staatsmännische Aufgabe stellen wollen. Es gebe aber für ihn nur ein Entweder-Oder. Wenn man Bedingungen stelle, so dürften es nur solche sein, die eines Mannes würdig seien. Er habe ein ehrliches Angebot gemacht, sei nach wie vor zu jeder Stunde bereit, die Verantwortung zu übernehmen und werde ruhig den Weg weitergehen, den sein Gewissen ihm vorschreibe. Anschließend trat Dr. Goebbels gleichfalls auf die Verhandlungen über die Regierungsbildung ein. Stürmischen Beifall sollte ihm die Versammlung, als er erklärte, daß kein Nationalsozialist ein Ministeramt übernehmen würde, wenn Hitler an der Spitze des Kabinetts stehe. Solche Lösungen würden die Nationalsozialisten ablehnen. Die Zeit der Kompromisse sei in Deutschland vorbei. Erst wenn die Not ihren Höhepunkt erreicht habe, werde man, wie Goebbels meinte, Hitler rufen. Dann aber würden seine Bedingungen umso schwerer sein. Jedes Kabinett ohne Hitler als Reichskanzler werde von den Nationalsozialisten auf das Schärfste bekämpft werden.

Polen verzichtet

auf die Einführung der Slotzwährung bei der Eisenbahn in Danzig.

• Genf. Am Sonntagabendmittag ist zwischen dem Danziger Senatspräsidenten Dr. Jędrzejewski und dem polnischen Außenminister Beck ein Abkommen unterzeichnet worden, das einige der wichtigsten augenblicklichen Streitfragen — insbesondere die über die Einführung der Slotzwährung bei der polnischen Eisenbahn in Danzig — bereinigt. Das Abkommen umfaßt folgende vier Punkte:

1. Danzig nimmt seinen Antrag an den Völkerbund wegen einer polnischen „Action directe“ zurück, und Polen verpflichtet sich, seine Verordnung auf Einführung der Slotzwährung bei den Danziger Eisenbahnen nicht in Kraft zu setzen;

2. Polen erkennt das Gutachten des Dager Internationalen Gerichtshofes zur Frage der Rechtsstellung der polnischen Staatsangehörigen in Danzig an, daß nämlich die Polen in Danzig eine nationale Minderheit darstellen; direkte Verhandlungen zur Durchführung dieses Punktes werden folgen;

3. beide Regierungen heben die beiderseitigen Zeitungsverbote auf;

4. Polen verpflichtet sich, einen der Zahl der polnischen Eisenbahnerkinder entsprechenden Anteil an den Danziger Schulklassen zu übernehmen.

Eine Reihe Danzig-polnischer Streitfragen, so vor allem über wirtschaftspolitische Dinge, bleibt auch jetzt noch offen; es muß aber anerkannt werden, daß in den oben verzeichneten Punkten Danzig — dessen Rechtsstellung allerdings unanfechtbar war — einen erfreulichen Erfolg errungen hat. Das gilt besonders für den polnischen Verzicht in der Slotzwährungsfrage. In einem Briefwechsel, der der Unterzeichnung vorausging, hat nun zwar Jędrzejewski, einem „polnischen Erlaube um Verhandlungen“ über die Vereinheitlichung der Währungssysteme stattzugeben, sobald es die Umstände gestatten. Damit hat er aber nur einer entsprechenden Verpflichtung des Pariser Vertrages von 1920 Rechnung getragen, die praktisch mit der Einschränkung

„Sobald es die Umstände gestatten“ kaum Bedeutung erlangen wird; schon die Tatsache der verschiedenen Goldbedeckung der Danziger und polnischen Währung bildet einen Umstand, der solche Verhandlungen nicht so bald gestatten wird.

Beilegung

des Danzig-polnischen Währungstreites.

• Genf. (Zuspruch.) Der Völkerbundsrat hat heute die Danziger Währungsangelegenheit im Sinne des am Sonntagabend zwischen Danzig und Polen in Genf getroffenen Übereinkommens ohne Aussprache erledigt.

In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates wurde der Antrag des einseitigen Völkerbundskommissars in Danzig, Kojima, bis zum 1. Februar 1933 verlängert.

Koalitionsbesprechungen in Preußen.

Berlin. (Zuspruch.) Die das Nachrichtenbüro des Völk. meldet, sind nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen um die Bildung einer Wehrheitsbildung im Reich die Besprechungen zur Schaffung einer neuen preussischen Staatsregierung wieder aufgenommen worden. Da im preussischen Landtag bei der gegenwärtigen Zusammenfassung dieses Parlaments eine Mehrheit bereits aus Nationalsozialisten und Zentrum gebildet werden kann, würde eine Verständigung zwischen diesen beiden Parteien genügen, um einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen wählen zu können, dem nach der Verfassung dann die Besetzung der übrigen Staatsminister zu erlauben. Es hat über die Möglichkeit einer baldigen Wahl des Ministerpräsidenten eine mehrstündige Unterhaltung zwischen dem Landtagspräsidenten Kerst als Vertreter der DVP und dem Führer der preussischen Zentrumsfraktion Abg. Dr. Glah stattgefunden. Diese Verhandlungen dürften fortgesetzt werden, ohne daß man bereits jetzt absehen könnte, ob sie so rasch zum Abschluß gelangen, daß der Landtag beim Wiederzusammentritt am 13. Dezember den neuen Ministerpräsidenten wählen könnte. Vorläufig ist es auch noch verfrüht, über Parteientfragen sowie darüber zu sprechen, ob und welche Konsequenzen sich für die Institution des Reichskommissars in Preußen aus der etwaigen Neuwahl eines Ministerpräsidenten ergeben.

Tod des Füllers Woithowksi.

Schwierige Rettungsarbeiten bei den Delbrückschächten.

• Hindenburg. Den lieberhalten Anstrengungen der Rettungsmannschaft ist bei den äußerst schwierigen Rettungsarbeiten eine erfolgreiche Bergungsarbeit noch nicht möglich gewesen. Der Füller Woithowksi ist heute früh an Herzschwäche gestorben.

Hindenburg. (Zuspruch.) Zu dem Tode des Füllers Woithowksi, der seit Donnerstag auf dem Nebenflöz der Delbrück-Schächte eingeschlossen und bereits seit Freitag abend bis auf die von einer mächtigen Steinplatte eingeklemmten Füße freigelegt war, erfahren wir, daß die Rettungsmannschaft sich auf dem Umgebungswege bereits in allerhöchster Nähe des Verunglückten befand. In der ersten Nacht hatte die Rettungsmannschaft mit einem Draht vorgefühlt und geglaubt, die Heine des Verunglückten bereits in etwa einem halben Meter Entfernung gefühlt zu haben. Sein Tod kam der Rettungsmannschaft vollkommen überraschend. Noch gestern abend waren dem Unglücklichen zur Stärkung Sekt und Apffel gereicht worden. Auch sonst war Woithowksi soweit gekümmert wie es irgend möglich war, so daß sein Oberkörper verhältnismäßig außer Gefahr war. Als Todesursache bleibt nur die Erklärung, daß Herzschwäche eingetreten ist. Blutverlust scheint die Herzschwäche im Gefolge gehabt zu haben. — Nachdem nunmehr die Rettungsmannschaft nur noch auf sich selbst Rücksicht zu nehmen hat, kann sie etwas schneller an der Bergung der vier Leichen, die das Unglück gefordert hat, arbeiten.

Neuernennungen

zum Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Berlin. (Zuspruch.) Die Reichsregierung hat die mit Ende des Jahres aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ausscheidenden Mitglieder Dr. Welfer, Dr. Schmitz, Dr. Silberberg, Herrmann und Kaiser wieder zu Mitgliedern des Verwaltungsrates ernannt.